

Nach dem Gefangenenaustausch zwischen Israel und der Hamas fragen sich Palästinenser:innen innerhalb des Staates Israel, wann sie an der Reihe sind

Gefangen zwischen Israels Ablehnung und fehlender Führung bleiben palästinensische Gefangene mit israelischer Staatsbürgerschaft „eine offene Wunde, um die sich niemand kümmert“.

Baker Zoubi, 972mag.com, 08.12.25

Das im Oktober zwischen Israel und der Hamas geschlossene Waffenstillstandsabkommen führte zur Freilassung von fast 2.000 palästinensischen Häftlingen, darunter etwa 250, die in israelischen Gefängnissen lange Haftstrafen oder lebenslange Freiheitsstrafen verbüßten.

Gefangene mit israelischer Staatsbürgerschaft, stellte Israel lange Zeit als „interne Angelegenheit“ dar. Jüdische „Sicherheitshäftlinge“ erhalten festgelegte Strafen, Besuchsrechte, bessere Lebensbedingungen und sogar Hafturlaub oder Strafmilderungen – Vorteile, die ihren palästinensischen Mitgefangenen systematisch verwehrt bleiben.

Im Gazastreifen und in der Westbank gab es Feierlichkeiten, als Familien wieder vereint wurden, aber auch Enttäuschung über die Weigerung Israels, hochrangige Gefangene wie Marwan Barghouti und Ahmad Sa'adat freizulassen. Eine Gruppe inhaftierter Palästinenser wurde weitgehend aus den Schlagzeilen herausgehalten.

Obwohl sie ebenfalls als „Sicherheitshäftlinge“ eingestuft wurden – eine Bezeichnung, die Israel fast ausschließlich für Palästinenser verwendet und die mit wesentlich härteren Haftbedingungen einhergeht –, wurden palästinensische Staatsbürger Israels vollständig von der Vereinbarung ausgeschlossen.

Etwa 20 von ihnen haben mehr als 35 Jahre hinter Gittern verbracht, noch bevor es zu den Osloer Verträgen kam. Dutzende weitere verbüßen kürzere Haftstrafen oder werden ohne Anklage oder Gerichtsverfahren in Verwaltungshaft gehalten. Israel hält auch weiterhin die Leichen von sieben weiteren Personen zurück, darunter vor allem die von Walid Daqqa, der letztes Jahr in Haft an Krebs gestorben ist.

„Aufgrund der ersten Gespräche [zwischen Israel und der Hamas] nach dem 7. Oktober und dem Slogan [der häufig bei Protesten in Israel zu hören war, bei denen eine Geiselnbefreiung gefordert wurde] ‚Alle für alle‘ gingen die Gefangenen davon aus, dass sie dieses Mal freigelassen würden, erklärte Basel Ghattas, ehemaliges Mitglied der Knesset für die *Balad*-Partei und selbst ehemaliger Gefangener, gegenüber +972. Als sich die Verhandlungen jedoch zu Ende neigten, erklärte er, hatten die palästinensischen Vermittler kaum noch Einflussmöglichkeiten.

Nach Waalid Daqqas Tod forderte die Familie die Rückgabe seiner Leiche. Israel lehnte dies ab und argumentierte, dass sie als Verhandlungsmasse in künftigen Verhandlungen mit der Hamas dienen würde – **eine Position, die später vom israelischen Obersten Gerichtshof bestätigt wurde.**

„Als die israelische Seite die Freilassung hochrangiger Personen wie Barghouti, Ibrahim Hammed [Kommandeur des militärischen Flügels der Hamas in der Westbank] und Sa'adat zurückzog – obwohl ihre Namen in dem in Sharm El-Sheikh unterzeichneten Abkommen aufgeführt waren –, hatte die palästinensische Seite keine Verhandlungsmasse mehr“, fuhr Ghattas fort.

Es war nicht das erste Mal, dass palästinensische Gefangene mit israelischer Staatsbürgerschaft von politischen Vereinbarungen ausgeschlossen wurden. „Die Gefangenen aus der Zeit vor Oslo sollten eigentlich 1993 freigelassen werden, aber [Premierminister Yitzhak] Rabin weigerte sich, dies zu tun“, erinnert sich Ghattas. Rabin habe sich stattdessen dafür entschieden, die Haftbedingungen zu verbessern, anstatt die Gefangenen freizulassen. Auch die damalige palästinensische Führung habe diesen Gefangenen keine nennenswerte Unterstützung zukommen lassen, argumentierte Ghattas. „Sie haben sie in den [Osloer] Verhandlungen nicht erwähnt und ihre Freilassung nicht gefordert, wobei sie sich auf die völlige Weigerung Israels beriefen“, erklärte er.

Da diese Gefangenen die israelische Staatsbürgerschaft besitzen, hat Israel ihre Inhaftierung lange Zeit als „interne Angelegenheit“ dargestellt – eine Begründung, die Ghattas als „Ausrede“ abtat. Jüdische „Sicherheitshäftlinge“, so stellte er fest, erhalten festgelegte Strafen, Besuchsrechte, bessere Lebensbedingungen und sogar Hafturlaub oder Strafmilderungen – Vorteile, die ihren palästinensischen Mitgefangenen systematisch verwehrt bleiben.

Nach der Ermordung Rabins verschlechterte sich die Lage weiter. Während der 2014 von US-Außenminister John Kerry vermittelten israelisch-palästinensischen Friedensverhandlungen erklärte sich Israel bereit, 104 palästinensische Gefangene in mehreren Phasen freizulassen, wobei die Freilassung derjenigen mit israelischer Staatsbürgerschaft auf die vierte und letzte Phase verschoben wurde. Doch Israel hat diese Phase letztendlich annulliert und die Gespräche platzen lassen.

„Es war das einzige Mal, dass palästinensische Gefangene mit israelischer Staatsbürgerschaft überhaupt offiziell erwähnt wurden, aber es endete ohne Umsetzung“, erklärte Ghattas. „Selbst die Füh-

rung der arabischen Gemeinschaft [in Israel], insbesondere die Mitglieder der Knesset, deren Immunität es ihnen erlaubt, solche Themen anzusprechen, wagte es nicht, die Rechte der Gefangenen oder ihre Freilassung im Rahmen des Abkommens einzufordern.“

Gefangen zwischen zwei Systemen

Im Rahmen des ersten Waffenstillstands nach Beginn des Gaza-Krieges im November 2023 wurden mehrere palästinensische Studentinnen mit israelischer Staatsbürgerschaft, die nach dem 7. Oktober wegen des Verdachts der „Aufwiegelung“ festgenommen worden waren, in den Gefangenen austausch einbezogen. Einige ihrer Eltern versuchten jedoch Einspruch zu erheben, da sie befürchteten, dass ihre Töchter zukünftig Schaden nehmen könnten, weil sie mit der Hamas in Verbindung gebracht werden könnten.

„Wir, die Anwälte, haben uns darauf geeinigt, unseren Widerstand gegen ihre Aufnahme zu äußern, da wir befürchten, dass sie als Anhängerinnen der Hamas gesehen werden könnten“, erklärte Hussein Manaa, ein Anwalt, der einige der Studentinnen vertrat, gegenüber +972. „Nach ihrer Freilassung stellte sich jedoch heraus, dass unsere Bedenken unbegründet waren.“ Dieses Erkenntnis, so sagte er, weckte Hoffnungen, dass die jüngste Vereinbarung auch einige palästinensische Gefangene mit israelischer Staatsbürgerschaft umfassen könnte – sowohl langjährige Häftlinge als auch Dutzende, die in den letzten zwei Jahren verhaftet wurden, insbesondere Minderjährige.

Die Hoffnungen wurden letztendlich zunichte gemacht. „Die Umstände waren für die palästinensische Seite zu schwierig, um ihre Freilassung zu fordern“, sagte Manaa. „Die Gefangenen waren völlig verlassen. Wenn sie bei einem Abkommen dieser Größenordnung nicht freigelassen werden, wann werden sie dann jemals freikommen?“

Eine ähnliche Dynamik war drei Jahre zuvor nach den Ereignissen vom Mai 2021 zu beobachten, als palästinensische Proteste gegen Vertreibungen im Ostjerusalem Stadtteil Sheikh Jarrah zu einem elf Tage andauernden Krieg im Gazastreifen und zu weitreichenden Unruhen im ganzen Staat Israel und Palästina eskalierten. Die Ungleichbehandlung palästinensischer Gefangener mit israelischer Staatsbürgerschaft im Vergleich zu ihren jüdischen Mitgefangenen wurde schnell offensichtlich.

„Die im Mai 2021 verhafteten [palästinensischen Bürger Israels] gelten nicht als Sicherheitsgefangene im traditionellen palästinensischen Sinne, da sie an Demonstrationen teilgenommen haben“, erklärte Ghattas. „Israel behandelte sie dennoch als Sicherheitshäftlinge und verhängte schwere Strafen.“

Ihre Fälle verdeutlichten eine harte Realität: Palästinensische Gefangene mit israelischer Staatsbürgerschaft fallen zwischen zwei Systeme und gehören zu keinem von beiden vollständig. Da keine israelische Institution bereit ist, sich für sie einzusetzen, und keine palästinensische Behörde in

der Lage ist, sie zu vertreten, genießen sie weitaus weniger Rechtsschutz als jüdische Gefangene oder palästinensische Gefangene ohne Staatsbürgerschaft.

Es gibt einen „völligen Mangel an Vertretung“, sagte Manaa gegenüber +972, sodass Familien die Anwaltskosten selbst tragen, den bürokratischen Aufwand bewältigen und sich selbst um die Koordination mit Anwälten und Aktivisten kümmern müssen. Um diese Lücke zu schließen, hat sich Manaa für die Gründung des *Al-Karama Al-Hukuki-Zentrums* [Würde und Rechte Zentrum] eingesetzt, das diese Gefangenen unterstützt, obwohl er betont, dass zivilgesellschaftliche Initiativen keinen Ersatz für echten politischen Druck darstellen können.

„Wenn nicht bei einem solchen Abkommen, wann dann?“

Die Ungleichbehandlung inhaftierter palästinensischer Bürger endet nicht mit ihrem Tod, wie der Fall von Walid Daqqa verdeutlicht. Als Symbol für den Kampf sowohl der „Palästinenser von 1948“ als auch der breiteren nationalen Bewegung wurde Daqqa 1986 verhaftet und verbüßte seine Strafe bis März 2023, bevor er wegen des Schmuggels von Mobiltelefonen ins Gefängnis zu einer zusätzlichen zweijährigen Haftstrafe verurteilt wurde. Er blieb bis zu seinem Tod durch Krebs im letzten Jahr hinter Gittern – eine Entscheidung, die sein Bruder As'ad als „langsames Attentat“ bezeichnet, da Walid mutmaßlich die medizinische Behandlung verweigert wurde, die er benötigte.

As'ad erinnerte sich daran, wie sehr sich seine Familie für seine Freilassung eingesetzt hatte. „Meine Mutter traf sich mit [dem damaligen PLO-Führer] Yasser Arafat persönlich und warf ihm vor, nach Palästina zurückgekehrt zu sein, während die Gefangenen weiterhin im Gefängnis saßen“, erzählte er +972 und bezog sich dabei auf die Zeit der Osloer Verhandlungen. „Die PLO, die palästinensische Autonomiebehörde und verschiedene Nichtregierungsorganisationen haben sich nicht für ihre Freilassung eingesetzt, sondern lediglich für eine Verbesserung ihrer Haftbedingungen.“

Nach Daqqas Tod forderte die Familie die Rückgabe seiner Leiche. Israel lehnte dies ab und argumentierte, dass sie als Verhandlungsmasse in künftigen Verhandlungen mit der Hamas dienen würde – eine Position, die später vom israelischen Obersten Gerichtshof bestätigt wurde. Als jedoch das jüngste Waffenstillstandsabkommen geschlossen wurde, war Daqqas Leiche nicht darin enthalten. „Wenn seine Leiche nicht für einen Gefangenenaustausch verwendet wurde, wozu wird sie dann zurückgehalten? Niemand versteht, unter welcher Klausel Israel diese Politik fortsetzt“, sagte As'ad.

Ein Verwandter eines anderen Gefangenen, dessen Leiche noch immer zurückgehalten wird – und der anonym bleiben möchte –, äußerte sich ähnlich verzweifelt. „Wenn eine Leiche im Rahmen eines solchen Abkommens nicht freigegeben wird, wann dann?“

Quelle: <https://www.972mag.com/israel-hamas-prisoner-deal-48-palestinians/>

Übersetzung: M. Kunkel, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de